

# Einführung

Juan Linz behandelt in seinem Opus magnum „Totalitarian and Authoritarian Regimes“ im Abschnitt über totalitäre Systeme die Frage, wie es der jeweils herrschenden Partei in solchen Regimen gelinge, kollektives Engagement und eine Art Partizipation (a sense of participation) der Bürger zu bewirken. In solchen Systemen spielten dafür Kader eine zentrale Rolle, die Menschen in ähnlicher Weise für ein begeistertes Mitmachen gewinnen könnten wie Meinungsführer (opinion leaders) in demokratischen Systemen. En passant kommt Linz dann auf Freiwilligen-Vereine zu sprechen: „Many of those who in pluralistic societies devote their time and energy to diverse voluntary associations do so in totalitarian societies in the activities of the party and its affiliated organizations, often with the same motivation and sincerity. Their actions contribute to the efficacy of the system and through it to its legitimacy.“<sup>1</sup>

Trotz dieser immerhin auf das Jahr 1975, der Erstveröffentlichung des Hauptteils dieser Studie, zurückgehenden luziden Beobachtung stellt freiwilliges Engagement in Diktaturen in der Forschung ein selten behandeltes Thema dar. Besonders bei Betrachtung der staatssozialistischen Regime verhinderte eine Art „Fassaden-“ oder „Schein“-Theorie lange Zeit differenzierte Untersuchungen.<sup>2</sup> Allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen außerhalb von kommunistischer Partei und Geheimpolizei wurde – abgesehen von den Kirchen – mehr oder weniger pauschal eine eigenständige „reale“ Handlungsmacht abgesprochen, ob es sich um Parlamente, die sogenannten Blockparteien, Gewerkschaften, Gerichte, Berufsverbände und andere Massenorganisationen handelte, und das auf allen Ebenen bis hinunter zum örtlichen Wohngebietsausschuss und zum Elternaktiv einer Schule. Die systemstabilisierenden wie zugleich den totalen Herrschaftsanspruch der Kommunisten relativierenden (und damit das System indirekt stabilisierenden) Potenziale von freiwilligem Engagement blieben damit ebenso außerhalb des Erkenntnishorizonts wie seine Bedeutung für die Transformationen nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen.

Wenn in dem vorliegenden von Ana Kladnik und Thomas Lindenberger herausgegeben Themenschwerpunkt drei empirische Studien zur gesellschaftsge-schichtlichen Relevanz dieses Themas vorgestellt werden,<sup>3</sup> dann geschieht dies

- 
- 1 Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes*. With a major new introduction, London 2000, S. 85.
  - 2 Vgl. auch die konzeptionelle Kritik an der Rede vom „Schein“ oder von der „Fassade“ in Bezug auf die Parlamente in der SBZ/DDR durch Edith Schrieffl, *Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946–1952*, Ostfildern 2020, S. 19–25.
  - 3 Die Beiträge beruhen auf Vorträgen auf der im Januar 2020 am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden durchgeführten Konferenz „Volunteering and Civic Engagement in Co-Transformation. Perspectives from Eastern and Western Europe, 1970–2000“. Die Konferenz war Teil des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Österreichischen Fond für die

nicht lediglich aus dem Bemühen heraus, eine der vielen verbliebenen Forschungslücken bei der Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft und ihrer Folgen zu schließen. „Freiwilligkeit“ und – oftmals damit in einem Atemzug genannt – „Ehrenamt“ stehen schon seit Jahren auf der gesellschaftspolitischen Agenda obenan. Sie sind keine unschuldigen und etwas altmodisch klingenden Alltagsbezeichnungen mehr. Sie bilden auf allen Ebenen des Gemeinwesens, von der Bundesregierung bis hinunter zur kommunalen Freiwilligen-Agentur, den Gegenstand eines eigenen Politikfelds, das der Engagementpolitik.<sup>4</sup> Die Allgegenwart des fraglos-guten freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements manifestiert sich in zuversichtlichen Sinnsprüchen wie „Freiwilliges Engagement ist Ausdruck vitaler Bürgergesellschaft und funktionierender Demokratie“.<sup>5</sup> Die mit der Engagementpolitik verknüpften Zielstellungen sind überaus ehrgeizig, weitreichend und umfassend. Im Soziologenjargon hört sich das folgendermaßen an:

„Unter Steuerungs- und Koordinationsaspekten (Governance) sind moderne Gesellschaften [...] darauf verwiesen, ihre Sozial- und Systemintegration zu bewältigen. In einer vertikalen Perspektive betrachtet sind sie gefordert, Individuen in Organisationen und diese wiederum in die entsprechenden Systeme zu integrieren. Die Integrationsleistung erfolgt dabei sowohl in einer Bottom-up- als auch in einer Top-down-Perspektive: Moderne Gesellschaften eröffnen einerseits Partizipationsmöglichkeiten für organisierte Bürger und andererseits müssen sie die Stabilität und Durchsetzungsfähigkeit von Systemen gewährleisten. Hinzu kommt – in horizontaler Perspektive betrachtet – die Notwendigkeit zur Koordination der divergierenden und latent auseinanderdriftenden Systeme moderner Gesellschaften.“<sup>6</sup>

---

Förderung der Wissenschaften (FWF) von 2017 bis 2021 geförderten Projekts „Ehrenamtliche Arbeit in lokalen Gemeinden zwischen Staatssozialismus und liberalem Kapitalismus. Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr in Deutschland und Ostmitteleuropa 1980–2000“. Vgl. Projektbeschreibung <https://hait.tu-dresden.de/ext/forschung/forschungsprojekt-3135/>; 11.11.2020; vgl. auch Ana Kladnik/Thomas Lindenberger/Mojmír Stránský/Steffi Unger, *Weder Ost noch West – Zentral!(Europa!)*. Freiwillige Feuerwehren als nachhaltiges Muster der lokalen Selbstregierung. In: *Zeitgeschichte-online*, März 2019 (<https://zeitgeschichte-online.de/themen/weder-ost-noch-west-zentral-europa>; 11.11.2020); sowie den von Ana Kladnik edierten Themenschwerpunkt „Volunteering and Voluntary Associations in the Post-Yugoslav States“. In: *Südosteuropa*, 68 (2020) 2.

- 4 Vgl. Thomas Olk/Ansgar Klein, *Engagementpolitik – ein neues Politikfeld und seine Probleme*. In: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.), *Bürgergesellschaft als Projekt*, Wiesbaden 2009, S. 23–54.
- 5 Familienministerin von der Leyen, zit. nach Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), *Monitor Engagement*. Ausgabe Nr. 1: Nationaler und internationaler Stand der Engagement-Forschung. Unter Mitarbeit von Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 2009, S. 2 (<https://www.bmfsfj.de/blob/94374/eb46a3dc0cdcd8336a45d3735ce40603/monitor-engagement-stand-der-engagement-politik-data.pdf>; 11.11.2020).
- 6 Karsten Speck/Holger Backhaus-Maul/Peter Friedrich/Maud Krohn, *Freiwilligenagenturen in Deutschland*, Wiesbaden 2012, S. 19 (<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-531-94306-0>; 11.11.2020).

Zielgröße ist heute also der „organisierte Bürger“, den der Staat qua Engagementpolitik zur lebensweltlichen und politischen Integration befähigt. Der systemtheoretische Sprachduktus suggeriert eine Art naturnotwendig konstruktive Rolle des bürgerschaftlichen Engagements, die es alternativlos erscheinen lässt. In der Alltagssprache wird ein weiteres Konzept aufgeboten, um die essenziell demokratische Qualität des freiwilligen Engagements zu signalisieren: das der Zivilgesellschaft und „ihrer“ Organisationen – wobei diese Redeweise mittlerweile kaum noch etwas mit jenen Debatten über eine vom Staat strikt zu unterscheidende Sphäre zu tun hat, die diesen Topos nach 1989 nicht zuletzt unter dem Eindruck der Ideen ost- und ostmitteleuropäischer Dissidenten stark gemacht hatte.<sup>7</sup> Dieser Diskurs und seine heute paradox anmutende Transformation – nämlich das Ermöglichen und Fördern von Zivilgesellschaft als unmittelbar staatliche Aufgabe mit eigenem Bundesamt<sup>8</sup> – ist als Rahmung mitzudenken, wenn wir uns dem Thema „freiwilliges Engagement“ im (Post-) Kommunismus zuwenden.

### Ein Déjà-vu: „Freiwilligkeit“ und „Ehrenamt“ im Staatssozialismus

Aus der Sicht der DDR- und allgemeinen Kommunismusgeschichte erscheint die rhetorische und regierungspraktische Hochkonjunktur von Freiwilligkeit, Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement wie ein Déjà-vu. Forschern zur DDR-Geschichte sowie ehemaligen DDR-Bürgern und -Bürgerinnen sind „Freiwilligkeit“ und „Ehrenamt“, aber auch der häufige Gebrauch von „Bürger“ als Anrede und Adressat, aus dem öffentlichen Leben in der DDR bestens vertraut. Der emphatische Gebrauch dieser Termini war integraler Bestandteil des Legitimationsdiskurses der SED. Die so bezeichneten Aktivitäten sollten die enge Verbundenheit von Partei, Staat und Volk beglaubigen und die beanspruchte demokratische Substanz der SED-Herrschaft unterstreichen. Zugleich formulierten diese Termini die an jeden Bürger gerichtete Erwartung, zusätzlich zur Erwerbsarbeit im Rahmen von „gesellschaftlicher Tätigkeit“ Leistungen für das Gemeinwesen zu erbringen und dadurch an dessen Gestaltung teilzuhaben. Das einladende Angebot zur Partizipation begründete im Moment seiner Artikulation auch schon ein moralisierendes Gebot der Partizipation. Ehrenamt und freiwil-

7 Vgl. Dieter Gosewinkel/Dieter Rucht/Wolfgang van den Daele/Jürgen Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft. National und transnational, Berlin 2004.

8 Die Rede ist vom zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gehörenden Bundesamt für Familien und zivilgesellschaftliche Aufgaben, das u. a. für die Organisation des nach der Aussetzung von Wehrdienst und Zivildienst geschaffenen Bundesfreiwilligendienst zuständig ist; vgl. Rupert Strachwitz, Der neue Bundesfreiwilligendienst. Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft. In: Opusculum, 48 (2012) (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-319117;11.11.2020>).

liges Engagement waren fest in die Beziehungen zwischen Staat und Bürger eingelassen, die das Ritual und die soziale Logik des Gabentauschs nachbildeten.<sup>9</sup>

Neben diesem ideologischen Anspruch lässt sich daher für die DDR ein Feld der über Papierexistenzen und bloße Appelle hinausgehenden „gesellschaftlichen Tätigkeit“ rekonstruieren, in denen Herrschaftspraxis und der vielgestaltige Eigen-Sinn<sup>10</sup> von Millionen DDR-Bürgern und Bürgerinnen immer wieder neu auszuhandelnde Symbiosen zeitigten.<sup>11</sup> Die „gesellschaftliche Tätigkeit“ bildete einen alle soziale Beziehungen durchdringenden Handlungsmodus. Dazu gehörten einige hunderttausend ehrenamtliche Betreuer und Gruppenleiter bei den Jungen Pionieren und in der Freien Deutschen Jugend (FDJ), aber auch zehntausende Helfer in der Sozial- und Jugendfürsorge und ca. 1,5 Millionen ehrenamtliche Basisfunktionäre im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), die sich um Arbeitssicherheit, Ferienplätze und Betriebssport kümmerten. Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich anführen.<sup>12</sup> Die meisten staatlichen Einrichtungen hatten ihre freiwilligen, nichtberuflichen „Helfer“ – darunter natürlich auch die Sicherheitsorgane und die Rechtspflege, aber eben nicht nur diese. Auch die Heimatpflege, der Naturschutz und die Kulturarbeit hatten „Helfer“.<sup>13</sup> Die Mitmachenden nahmen derartige „freiwillige“ Aktivitäten durchaus als Engagement für örtliche Belange ernst, und sie standen zwar oft, aber eben keineswegs immer lediglich „auf dem Papier“, weil das nach oben gemeldet werden musste. Sie fungierten als Kristallisationspunkte für lokale Geselligkeit, die – etwa im Fall der von mir untersuchten „Freiwilligen Helfer der Volkspolizei“ in der DDR – über die fachlich-politische Zuständigkeit der jeweiligen Organisation hinausgingen.<sup>14</sup>

Egal wie man diese vielen verschiedenen Aktivitäten im Einzelnen bewerten mag, lohnt es sich, zweierlei festzuhalten: Die Massivität und alltägliche Relevanz der als „ehrenamtlich“ und „freiwillig“ rubrizierten Aktivitäten im staatssozialistischen Alltag ist unbestreitbar. „Alltägliche Relevanz“ meint hier vor allem auch: Die meisten dieser Bürger waren nicht nur daran interessiert, ihrem Kaderleiter

---

9 Vgl. Sandrine Kott, *Le don comme rituel en R.D.A. 1949–1989*. In: *Le Mouvement Social*, 194 (2001) 1, S. 67–83.

10 Vgl. Thomas Lindenberger, „Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand“, Version: 1.0. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2.9.2014 (<http://docupedia.de/zg/Eigensinn?oldid=95289>; 27.11.2020).

11 Zum Eigen-Sinn-Konzept im Kontext der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung vgl. Thomas Lindenberger, *SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und „Eigen-Sinn“*. In: Jens Gieseke (Hg.), *Staatssicherheit und Gesellschaft, Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 23–47.

12 Vgl. Thomas Lindenberger, *The Fragmented Society. ‘Societal Activism’ and Authority in GDR State Socialism*. In: *zeitgeschichte*, 37 (2010) 1, S. 3–20.

13 Vgl. insbesondere zur Heimatpflege und Naturschutz in der DDR die grundlegende Studie von Jan Palmowski, *Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag*, Berlin 2016.

14 Vgl. Thomas Lindenberger, *Vaters kleine Helfer: Die Volkspolizei und ihre enge Verbindung zur Bevölkerung 1952–1965*. In: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hg.), *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969*, Hamburg 2001, S. 229–253.

gegenüber die geforderte „gesellschaftliche Tätigkeit“ zu dokumentieren – dafür reichte oftmals auch die formelle Mitgliedschaft etwa in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft –, sondern „engagierten“ sich tatsächlich: Sei es für die eigenen kulturellen und sozialen Belange, sei es für die der unmittelbaren Umgebung, sei es für „übergeordnete“, wie etwa des Umweltschutzes, der Völkerverständigung, der Gerechtigkeit usw., also, wie Linz richtig beobachtet hat, aus ziemlich denselben Motiven, mit denen sie das auch in einer demokratischen Gesellschaft getan hätten und heute immer noch tun. Diese organisatorischen Strukturen für freiwilliges Engagement waren in der Regel in einem gewissen Abstand zum Arcanum der SED-Herrschaftsausübung, nämlich den Hauptamtlichen-Apparaten von Partei und der staatlichen Leitungen, angesiedelt. Sie boten DDR-Bürger und -Bürgerinnen in den durch die Diktatur gesetzten Grenzen Gelegenheit, eigen-sinnige Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt und von der Erledigung örtlicher Angelegenheiten zu verwirklichen, gemeinsame kulturelle und soziale Anliegen zu verfolgen und nicht zuletzt auch jene Netzwerke zu unterhalten, die unabdingbar waren, um in der Mangelgesellschaft einigermaßen zurechtzukommen.<sup>15</sup>

Zum Zweiten waren diese Aktivitäten von einer ständigen Propagierung der hehren Prinzipien der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligkeit umgeben. Unabhängig davon, wie „freiwillig“ diese Tätigkeiten tatsächlich verrichtet wurden – es ist davon auszugehen, dass in sehr vielen Fällen eine Art bedingte Freiwilligkeit, wie sie bei Wahlpflichtentscheidungen immer gegeben ist, vorlag –, ist festzuhalten: Der offiziöse Diskurs über das Verhältnis von Staat und Bürger war von der Idealvorstellung eines aktiven, engagierten und folglich auch „organisierten“ Bürgers bestimmt. Die unablässige Beteiligung der Bürger an öffentlichen Angelegenheiten in diesen Formen galt der SED als Ausweis des demokratischen Charakters ihrer Herrschaft, und zwar auf einer höheren Stufe als der „bloß“ repräsentativen und scheinbar auf die Einhaltung formaler Prozeduren reduzierten Demokratie des Westens.

### **„Freiwilligkeit“ und „Ehrenamt“: ein Fall für die (zeithistorische) Transformationsforschung?**

Aus der Perspektive einer am raschen Übergang zu liberaler Demokratie und Marktwirtschaft interessierten Transformationsforschung stellen sich zusätzliche Fragen: Lassen sich derartige partizipative Praxen etwa in der DDR, aber auch in anderen Ostblockstaaten, mit dem Begriffsinstrumentarium der Zivilgesellschaftsdebatte sinnvoll beschreiben? In Anlehnung an Jörn Leonhard ergibt dies aus historischer Sicht nur Sinn, wenn man es seines normativ-idealistischen Überschwangs entkleidet und „Zivilgesellschaft“ als „deskriptiv-analytischen

15 Reichhaltige Belege dafür bietet die Studie von Palmowski, Die Erfindung der sozialistischen Nation.

Begriff“ verwendet.<sup>16</sup> In diesem Sinne könnte man durchaus von der Existenz zivilgesellschaftlicher Elemente sprechen, die quasi rudimentär, in Ersatzformen oder als über das System hinausweisende Keimformen zur sozialen Wirklichkeit im Staatssozialismus gehörten. Können aber die unterhalb oder auf der untersten Ebene der offiziellen Institutionen angesiedelten Handlungsfelder begrenzter und immer prekärer Selbstorganisation und sozialkultureller Autonomie als funktionelle Äquivalente zivilgesellschaftlicher Praxis interpretiert werden?

Verstreute Forschungsergebnisse sprechen für die Plausibilität dieser Hypothese.<sup>17</sup> So recht brisant wird die Frage indes erst, wenn wir den zeitlichen Horizont der staatssozialistischen Diktaturen verlassen und uns der Thematik ihrer doppelten Transformation in liberale Demokratien und Marktwirtschaften zuwenden. Wie verhalten sich praktizierte Partizipation unter kommunistischer Herrschaft und die Übertragung und rasche Implementierung westlicher zivilgesellschaftlicher Modelle im Zuge der Errichtung der „neuen Ordnung auf dem alten Kontinent“ (Philipp Ther) zueinander? Lassen sich neben den vielen Abbrüchen und rückstandsfreien Abwicklungen von Basisinstitutionen wie dem „Volkseigentum“ und dem „Plan“ auch Kontinuitäten und institutionelle Übergänge beobachten? Was bedeutete „Transformation“ also auf der untersten Ebene der sozialen Netzwerke, die zuvor in den bevormundeten Partizipationsstrukturen des SED-Staats wirkten, während der „Wende“ und der Vereinigung?

Transformationsforschungen über Zivilgesellschaft in vormals kommunistischen Staaten und in Ostdeutschland kamen lange Zeit mehr oder weniger uniform zu dem Ergebnis, dass die in Prozentanteilen der „aktiven“ und „engagierten“ Bevölkerung gemessene „Zivilgesellschaft“ dort schwach ausgebildet sei, wobei immer westliche Gesellschaften wie beispielsweise die USA, Großbritannien oder Skandinavien als Maßstab fungieren. Zuletzt differenzierte sich das Bild allerdings etwas.<sup>18</sup> Über die hinter 1989 zurückreichende Verlaufsentwicklung hingegen finden wir weitaus weniger Aussagen, da ja in dieser Sichtweise die Frage nach Zivilgesellschaft vor 1989 nur eine Fehlanzeige ergeben kann – wenn man von den radikal-minoritären Gruppen der Dissidenz und der leuchtenden Ausnahme Solidarność absieht. Das, was sich in den Massenorganisationen und den Basiseinheiten der staatssozialistischen Institutionenlandschaft ereignete, wird ausschließlich auf der Seite des totalitären Staates verbucht.

16 Jörn Leonhard, Gewalt und Partizipation: die Zivilgesellschaft im Zeitalter des Bellizismus. In: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, 14 (2005), S. 49–69, hier 50 (<https://freidok.uni-freiburg.de/data/3399>; 11.11.2020).

17 Vgl. z. B. Anja Schröter, Frühe Partizipation in Erfurt. In: Stefanie Eisenhuth (Hg.), *Die DDR im Jahr 1987. Mangel und Größenwahn, Verheißung und Verfall*, Erfurt 2018, S. 57–64; sowie Beiträge der am HAIT durchgeführten internationalen Konferenz „Volunteering and Civic Engagement in Co-Transformation. Perspectives from Eastern and Western Europe, 1970–2000“.

18 Vgl. Thomas Gensicke, *Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde*, Wiesbaden 2009; Finn Heinrich, *What Makes Civil Society Strong? An innovative approach to conceptualising, measuring and analyzing the strength of civil society in 43 countries*, Hagen 2010 (<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:708-25755>; 11.11.2020).

Welche Tradierungen und Erfahrungen aus der Zeit kommunistischer Herrschaft gehen in die heute in den postkommunistischen Ländern zu beobachtende Entwicklung von „bürgerschaftlichem Engagement“ ein? Was passierte mit ihnen im Systembruch und während der Transformation? Als Ausgangsthese kann unterstellt werden, dass etliche der zivilgesellschaftlichen institutionellen Akteure, die es heute in postkommunistischen Ländern (wieder) gibt, nicht völlig bei Null angefangen haben. Das könnte auch auf diejenigen, die völlige Neuschöpfungen darstellen, zutreffen, da die sie tragenden Individuen ja ihr persönliches soziales Kapital (Robert Putnam) aus der Zeit vor dem Systemumbruch mitbrachten. Dass im Alltag der staatssozialistischen Gesellschaften formelle und informelle Netzwerke von herausragender Bedeutung für die Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Abläufen waren, haben die historischen Forschungen hinreichend gezeigt – daher drängt sich die Frage auf, wohin dieses soziale Kapital gerade an der Basis der Gesellschaft gegangen ist. Auch wenn wir unterstellen können, dass es in Teilen durch institutionellen Wandel, ökonomische Einbrüche und nicht zuletzt Abwanderung zerstört wurde, ist zugleich nach den Möglichkeiten des Transfers beim Systemwechsel zu fragen, nach Strategien der Beharrung, des Aussitzens des beschleunigten Wandels, um das vorhandene Sozialkapital auch in die neuen Verhältnisse zu retten und wieder einsetzen zu können. Es ist also zu untersuchen, wie überkommene Formen des freiwilligen Engagements und des Ehrenamtes in den Mainstream des Zivilgesellschaftlichen fanden.

An dieser Stelle ist ein kurzer begriffsgeschichtlicher Blick auf die „Freiwilligen“ und das „Ehrenamt“ geboten. Heutzutage treten diese beiden Begriffe wie *terrible twins* auf: Wo der eine ist, ist der andere nicht weit, und zu unterscheiden sind sie meistens auch nicht. Das war aber nicht immer so. In früheren Zeiten siedelten die Phänomene, die sie bezeichneten, in unterschiedlichen Sphären, bis auf wenige, durchaus signifikante Ausnahmen, etwa den ortsgebundenen Freiwilligen Feuerwehren.

In der DDR blieb die traditionelle Bedeutungskonstellation insofern konserviert (gegenüber der BRD), als sie eine charakteristische überkommene Differenz fortsetzte: „Freiwillige“ hatte sich ursprünglich in erster Linie auf militärische und militärähnliche Gruppenformationen bezogen, die, zu „Opfern“ bereit, einen „Dienst“ versahen, der ansonsten berufsmäßig oder als Pflichtdienst zu absolvieren war. Das knüpft an die lange Traditionslinie des freiwilligen militärischen Engagements an: Auch im deutschen Sprachraum ist dies seit den Befreiungskriegen und seinen Freikorps zum Teil des politischen Vokabulars der Nation geworden.<sup>19</sup> Das lag auf der langen Entwicklungslinie der frühen Nationsbildung, in der Ausweitung von Bürgerrechten und des Bürgerstatus vor allem über die Teilhabe an der Kriegsführung, ob auf freiwilliger oder Pflicht-Grundlage. Auf diesen gegenüber spätmodernen Zivilgesellschaftstheorien kontraintuitiven

---

19 Vgl. Christine G. Krüger/Sonja Levsen (Hg.), *War volunteering in modern times. From the French Revolution to the Second World War*, New York 2010.

Zusammenhang von staatlicher Gewaltorganisation und Zivilgesellschaft hat Jörn Leonhard (2005) aufmerksam gemacht, und ich halte es für sinnvoll, sie sich auch in der Beschäftigung mit der heutigen Semantik von „Freiwilligen“ zu vergegenwärtigen. Noch in den Lexika Ende des 19. Jahrhunderts finden wir dies als die vorherrschende Bedeutung. Als weibliche Ergänzung wird dort die „freiwillige Krankenpflege“ als ausdrücklich auf den Kriegsfall beschränkte Einrichtung aufgeführt, also das Rote Kreuz, eine Einrichtung, die ursprünglich ebenfalls an die militärische Verbandstruktur angegliedert war. Von Ehrenamt ist in diesem speziellen Zusammenhang nicht die Rede.<sup>20</sup>

Die Verwendung des „Freiwilligen“ für militärischer Aktivitäten zieht sich dann durch das 20. Jahrhundert und seine Großkonflikte: Im Ersten Weltkrieg ohnehin, aber auch danach, in den Konflikten des „europäischen Bürgerkriegs“ wurde freiwillig gekämpft: Freikorps, Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg (auf beiden Seiten), im Zweiten Weltkrieg mit Freiwilligen-Waffen-SS-Divisionen hier und freiwillig kämpfenden Exilanten und Untergrundarmeen dort. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verlor mit dem langen Frieden des Kalten Krieges die Freiwilligkeit ihren vorrangig militärischen Zweck. Parallel dazu kamen die Projekte von Freiwilligendiensten mit zivilem Inhalt auf<sup>21</sup> – auch, aber nicht nur als Ersatzdienst für die nun in den Demokratien zunehmend anerkannten Wehrdienstverweigerer. Allerdings zeigen Organisation – eben als „Dienst“ in einer hierarchischen Großorganisation, häufig kaserniert – und Adressatenkreis – junge Menschen, vor allem Männer, im Wehrdienstalter – dieser Freiwilligendienste ihre Abkunft vom militärischen Verband. Und mit dieser Abkunft teilen sie auch die unmittelbare institutionelle Nähe zum Staat.

Mittlerweile hat sich das geändert. Für das freiwillige Engagement auf Zeit, zumal junger Menschen, tritt zwar nach wie vor der Staat als maßgeblicher Sponsor auf, daneben sind auf diesem Gebiet aber auch zahlreiche private Förderer aktiv (deren Tätigkeit aber wiederum durch staatliche Regulierung gerahmt wird), und dazu gehört vor allem auch der neue Typ der Nichtregierungsorganisationen (NGO), für die Menschen aktiv sein können. Das bedeutet – von den Funktionären und Managern der NGO abgesehen –, dass diese Aktivitäten nicht ihren Beruf ausmachen. Die Unterscheidung „freiwillige“/„nichtfreiwillige“ Arbeit bezeichnet daher nicht lediglich den Gegensatz zwischen einverständlich und erzwungen geleisteter Arbeit, sondern markiert eine Grenze innerhalb des Erwerbs- und Beschäftigungssystems hochdifferenzierter (post-)moderner Gesellschaften. Neben der in erster Linie den Broterwerb und die Realisierung eines Lebensentwurfs (Familie, Wohnung, auskömmlicher Lebensabend) sichernden Erwerbstätigkeit gibt es mittlerweile jede Menge alternativer Formen der organisierten, außerhäuslichen Beteiligung am gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, darunter die Tätigkeit als „Freiwillige/r“.

20 Vgl. Stichworte „Rotes Kreuz“ und „Freiwillige Krankenpflege“ In: Brockhaus Konversationslexikon, 14. Auflage, Leipzig 1894–1896.

21 Vgl. Christine Krüger, Dienstethos, Abenteuerlust, Bürgerpflicht. Jugendfreiwilligendienste in Deutschland und Großbritannien im 20. Jahrhundert, Göttingen 2016.

Das „Ehrenamt“ bezeichnet im Gegensatz zum „Freiwilligen“ eine von einem Individuum übernommene formale Verantwortung, nicht den Angehörigen eines Sozialverbandes. Das Ehrenamt wird natürlich auch in Zusammenschlüssen ausgeübt, aber seine Semantik entspringt nicht der Entgegensetzung zur alternativen Pflicht, sondern zum bezahlten Amt. Freiwillige werden gegebenenfalls von der Organisation, denen und in denen sie dienen, ernährt, die Ehrenamtlichen gerade nicht. Letztere bringen vielmehr ihre anderweitig gesicherte Subsistenz in das Engagement ein. Freiwilliger Dienst konnte und kann durchaus eine Subsistenzform bei angespannter Arbeitsmarktlage sein und war bzw. ist gerade in seiner zivilen Variante ja auch so gedacht, Ehrenamt im klassischen Sinne nicht. Und: Es ist in seinem Herkommen und seinen Konnotationen militärfremd und bürger- und zivilitätsaffin.

Zurück zur Frage nach der Bedeutung von Freiwilligkeit und Ehrenamt in der postkommunistischen Transformation, die von ihren Protagonisten im Wesentlichen als eine nachholende und beschleunigte Imitation der Institutionenordnungen westlicher Gesellschaften gedacht war.<sup>22</sup> Dabei ist, wie auch in anderen Bereichen etwa des Finanzsystems und der Sozialpolitik, zugleich in Rechnung zu stellen, dass dieser „Sektor“ des Freiwilligenwesens im Westen spätestens seit den frühen 1990er-Jahren massiven strukturellen und ideologischen Veränderungen unterworfen war. Das Schlagwort dazu lautet „Strukturwandel des Ehrenamtes“.<sup>23</sup> Damit sind üblicherweise die Individualisierung des Engagements und die Pluralisierung der dazugehörigen Institutionenlandschaft gemeint. Neu aufkommende Organisationstypen (NGOs, Selbsthilfegruppen) brachten auch einen neuen Typus des engagierten Bürgers hervor und stellten die Zuständigkeiten herkömmlicher Großverbände und das Grundverständnis des von ihnen repräsentierten Engagements infrage. In diesem Bereich war das Ziel einer Transition weg von kommunistischen Mustern hin zur Gesellschaft nach westlichem Muster also selbst ein „moving target“. „Freiwilligkeit“ und „Ehrenamt“ waren in der Krise und im Wandel begriffen, und neue, vor allem international agierende Modelle des Volunteering machten ihnen Konkurrenz. Mittlerweile hat sich daraus eine Melange traditionaler Formen des vereinsmäßig organisierten mit post-konventionellen und nach Event-Logiken organisierten Engagements entwickelt, unter der sorgsam choreografierten staatlicher Agenturen und einiger Großsponsoren.<sup>24</sup>

22 Vgl. Raj Kollmorgen, Postsozialistische Transformationen des 20. und 21. Jahrhunderts. In: ders./Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener (Hg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 421–440.

23 Vgl. Karin Beher/Reinhard Liebig/Thomas Rauschenbach/Wiebken Düx, Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess, Weinheim 2000.

24 Für letztere steht insbesondere der engagementpolitisch überaus aktive Bertelsmann-Konzern mit seinen Stiftungsaktivitäten, vgl. dazu Rudolph Bauer, Die „Bertelsmannisierung“ der Bürgergesellschaft. In: Ernst Jürgen Krauß/Michael Möller/Richard Münchmeier (Hg.), Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Kassel 2007, S. 485–501.

## Zu den Beiträgen

Die beiden ersten Beiträge des Themenschwerpunkts sind der Geschichte traditionsreicher Freiwilligenorganisationen unter den Bedingungen kommunistischer Herrschaft gewidmet. *Maren Hachmeister* operiert dabei in ihrer vergleichenden Untersuchung der Rotkreuz-Organisationen in der Volksrepublik Polen und der ČSSR mit dem analytischen Konzept der „Selbstorganisation“, um die sozialen Logiken und das Fortbestehen dieser Institution und ihre überaus große Popularität auch unter der Herrschaft des kommunistischen Parteistaats zu erfassen. Sie fragt danach, welche Gruppen sich in besonderem Maße für die Anliegen des Roten Kreuzes engagierten – Frauen und Jugendliche – und welche Möglichkeiten ihnen das freiwillige Engagement speziell in diesem für das Gesundheits- und Sozialwesen unentbehrlichen Tätigkeitsbereich eröffnete. Dabei zeigen sich innerhalb derselben Großorganisation unterschiedliche Akzentuierungen: Für Frauen stellte das Rote Kreuz einen auch unter kommunistischer Hegemonie von Gesellschaft wie Parteistaat weithin anerkannten Weg zum eigenverantwortlichen Engagement dar. Für Jugendliche hingegen eröffnete dieser Typus des Engagements das Beschreiten von alternativen Wegen abseits der Staatsjugend und ihren Zumutungen.

Der Beitrag von *Mojmír Stránský* über die Jugendarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren der ČSSR knüpft an die eminente Bedeutung des bürgerlichen Vereinswesens für die Nationsbildung (nation building) im späten Habsburgerreich und der Zwischenkriegszeit an. Die organisierte Gestaltung der Freizeit Jugendlicher blieb auch nach der kommunistischen Machtübernahme über alle Parteigrenzen hinweg eine Aufgabe von nationaler Tragweite. Genau in dieser allgemeinen Akzeptanz lag die Chance der tschechoslowakischen Feuerwehrbewegung: Ihr unverzichtbarer Beitrag zur Daseinsvorsorge – vorbeugender Brandschutz und Brandbekämpfung – ließ sich ohne die nachhaltige Mobilisierung von Nachwuchskräften nicht bewerkstelligen und bot zugleich die Möglichkeit einer in das System fest integrierten und dennoch mit viel Eigen-Sinn ins Werk gesetzten Jugendarbeit, die auch den Übergang in die nachkommunistische Transformation ohne nennenswerte Einbußen überstanden hat.

*Julia Nietsch* präsentiert Ergebnisse ihrer ethnografischen Untersuchung über eine Gruppe von Gymnasiasten im Kosovo, die sich in den 1990er-Jahren selbstironisch „Post-Pessimisten“ nannten. Diese sich für den demokratischen Erneuerungsprozess in einer ehemaligen Teilrepublik Jugoslawiens engagierenden Jugendlichen stehen für den neuen Typus des post-traditionalen Engagements: Es geht elementar um die Organisierung lokaler Öffentlichkeit in Verbindung mit transnationaler Vernetzung wie auch zugleich um Raum für Selbstverwirklichung im Rahmen neu zu errichtender zivilgesellschaftlicher Strukturen. Damit sind sie zugleich Adressaten und Akteure jener internationalen Hilfsorganisationen und Sponsoren, die auch in den postkommunistischen Gesellschaften als Motoren der „NGOisierung“ des freiwilligen Engagements fungieren.

*Thomas Lindenberger*